

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Peter Marbet, SP): Auswirkungen des kantonalen Sparpakets auf die Stadt Bern

Der Regierungsrat hat am 30. Juni 2017 das kantonale Sparpaket für die Jahre 2018-2021, das so genannte «Entlastungspaket 2018 (EP 2018)», bekannt gegeben.¹ Demnach will die kantonale Regierung jährlich 185 Millionen Franken sparen. Bei etlichen der Sparvorschläge handelt es sich aber lediglich um Lastenverschiebungen hin zu den Gemeinden und nicht um richtige Sparmassnahmen. So beabsichtigt z.B. der Regierungsrat, die Brückenangebote in der Berufsbildung künftig durch die Gemeinden finanzieren zu lassen (10 Mio. CHF). Dazu kommen Kürzungen der Kantonsbeiträge an Praktika in der offenen Kinder- und Jugendarbeit (1,6 Mio.), an Raumplanungsprojekte (700'000.-), der Wegfall der Entschädigung für Amts- und Vollzugshilfe der Gemeinden bei Betreibungsverfahren (600'000.-) sowie für Versandkosten von Wahlwerbematerial (200'000.-) und den Druck der Stimmrechtsausweise (35'000.-), was zu Mehrausgaben bei den Gemeinden führen wird.²

Weitere Massnahmen dürften sich ebenfalls auf die Gemeinden auswirken, ohne dass dies der Regierungsrat berücksichtigt hätte bzw. in seinen Unterlagen ausweist. So wird z.B. bei der öffentlichen Spitex der Beitrag an die Versorgungspflicht um die Hälfte reduziert (8 Mio. CHF). Der Kanton beabsichtigt ausserdem, das Steuerinkasso der Städte Bern, Biel und Thun vollständig zu kantonalisieren.

Gemäss den Berechnungen der Kantonsregierung führt die Umsetzung des Sparprogramms in den Jahren 2018 bis 2020 zu einer Entlastung der Gemeinden im Umfang von CHF 4 Mio. (2020) bis CHF 11 Mio. (2019). Ab dem Jahr 2021, d.h. nach vollständiger Umsetzung aller Massnahmen, resultiere eine Belastung der Gemeinden im Umfang von einer halben Million Franken pro Jahr. Dabei sei die Situation aber für die einzelnen Gemeinden sehr unterschiedlich.³

Der Gemeinderat wird vor diesem Hintergrund gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche direkten Auswirkungen hat das EP 2018 auf die Stadt Bern? Wie gross sind die voraussichtlichen Belastungen und Entlastungen, aufgegliedert nach den Direktionen und pro Jahr?
2. Welche indirekten Auswirkungen sind auf die Stadt Bern zu erwarten, z.B.: durch die Kürzungen bei der Spitex?
3. Wie beurteilt der Gemeinderat die vorgeschlagene Kantonalisierung des Steuerinkassos und was wären die personellen und finanziellen Auswirkungen für die Stadt Bern?
4. Welche Auswirkungen hat das EP 2018 auf die Finanzströme gemäss Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG)?
5. Wie beurteilt der Gemeinderat das EP 2018 und welche Schlüsse zieht er daraus?
6. Gedenkt der Gemeinderat sich gegen Massnahmen des EP 2018 zu wehren? Wenn ja, gegen welche und wie?

Begründung der Dringlichkeit

Das kantonale Sparpaket wird im Rahmen der Budgetdebatte 2018 in der Novembersession des Grossen Rates (20.11.-6.12.2017) behandelt. Will die Stadt Bern Einfluss auf die Beschlüsse des

¹ https://www.be.ch/portal/de/index/mediencenter/medienmitteilungen/suche.meldungNeu.html/portal/de/meldungen/mm/2017/06/20170629_1401_haushalt_jaehrlichwiederkehrendum185miofrentlasten

² <https://www.derbund.ch/bern/kanton/gemeinden-bekaempfen-sparpaket-des-kantons/story/22265869>

³ <https://www.be.ch/portal/de/index/mediencenter/medienmitteilungen/suche.assetref/dam/document/s/portal/Medienmitteilungen/de/2017/06/2017-06-30-ep-bericht-de.pdf> (Seite 6)

kantonalen Parlaments nehmen, müssen die finanziellen Auswirkungen und die politische Würdigung des EP 2018 aus städtischer Sicht möglichst rasch auf dem Tisch liegen.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 31. August 2017

Erstunterzeichnende: Peter Marbet

Mitunterzeichnende: Ingrid Kissling-Näf, Barbara Nyffeler, Yasemin Cevik, Katharina Altas, Nadja Kehrli-Feldmann, Mohamed Abdirahim, Tamara Funicello, Halua Pinto de Magalhães, Fuat Köçer, Johannes Wartenweiler, Bettina Stüssi, Ladina Kirchen Abegg, Patrizia Mordini, Marieke Kruit, Lena Sorg, Michael Sutter, Lukas Meier, Martin Krebs